

Deutschland, Frankreich und die Türkei: Ein Dreieck unter Spannung

Schmid, Dorothee

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmid, D. (2013). *Deutschland, Frankreich und die Türkei: Ein Dreieck unter Spannung*. (DGAP-Analyse, 9). Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55257-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

September 2013 N° 9

Deutschland, Frankreich und die Türkei: Ein Dreieck unter Spannung

von Dorothee Schmid

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch Stiftung

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Henriette Heimbach

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Zusammenfassung/Summary

Deutschland, Frankreich und die Türkei: Ein Dreieck unter Spannung

von Dorothee Schmid

Die Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und der Türkei blicken auf eine lange historische Entwicklung zurück, spielen sich jedoch in rein bilateralen Rahmen ab. Statt Zusammenarbeit dominieren Abgrenzung, Misstrauen und Konkurrenzdenken zwischen den drei unterschiedlichen Paaren. Mit dem Beginn der Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei, dem Berlin und Paris zögerlich gegenüberstehen, entstand aber die Notwendigkeit eines verstärkten Austauschs zwischen den drei Ländern. Dieser führt zwar angesichts des deutsch-französischen Widerstands eher zu Frustration auf türkischer Seite, gibt den Beziehungen aber eine neue Intensität und fördert die trilaterale Abstimmung.

Doch die EU hat für die Türkei an Attraktivität verloren: Die Wirtschaftskrise, in der die Union seit mehreren Jahren feststeht, sowie die Anstrengungen der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan, selbst eine hegemoniale Stellung als diplomatische Macht in der Region einzunehmen, haben aus der EU ein strategisches Ziel unter mehreren gemacht. Die aktuell höchst angespannte innenpolitische Situation in der Türkei stellt die Beziehungen erneut auf eine Belastungsprobe. Dabei stehen die drei Länder gerade jetzt vor gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, bei denen gegenseitiges Vertrauen und geteilte Verantwortung besonders wichtig sind.

Germany France, and Turkey: A Triangle under Tension

by Dorothee Schmid

The relations between Germany, France and Turkey reach far back in history, but are restrained to a purely bilateral framework. Dissociation, distrust and competitive thinking instead of cooperation dominate the three diverse couples. However, the beginning of Turkey's accession negotiations to the EU, in which both Berlin and Paris show a rather negative attitude, made a greater degree of exchange between the three countries necessary. Although this leads to frustration on the Turkish side in view of the Franco-German resistance, it makes the relations more intense and fosters the trilateral coordination.

But for Turkey the EU has lost some of its attraction: The economic crisis, the Union is stuck in for several years now, and Turkey's efforts under Recep Tayyip Erdoğan to take a hegemonic position as a diplomatic power in the region have made of the EU one strategic goal among others. The currently highly critical domestic situation in Turkey puts a strain to the relations once again. At the same time the three countries are just now confronting common economic and political challenges, which require mutual confidence and shared responsibilities.

Inhalt

Drei Länder – drei voneinander unabhängige Beziehungen	4
Getrennte Entwicklungen	4
Gemeinsamkeiten und große bilaterale Themen	5
Dialogkanäle und Verhaltensregeln: Die gegenseitige Nachahmung der Abschottung.	6
Europa als Dreh- und Angelpunkt	7
Blockade des Beitrittsprozesses	8
Verschränkte Mythologien: Neuankömmling versus Gralshüter	9
Europa in der Krise und die Wahrnehmung der Türkei	10
Ein schwieriges Mächtedreieck	11
Der deutsch-französische Riegel wird zurückgeschoben	11
Ambitionen nach außen und gemeinsame strategische Sorgen	12
Die USA als Schiedsrichter?	14
Schlussfolgerung: Geteilte Verantwortung	14
Anmerkungen.....	15

Deutschland, Frankreich und die Türkei: Ein Dreieck unter Spannung

von Dorothee Schmid

Deutschland, Frankreich und die Türkei: Drei einflussreiche, heute verbündete Nationen, die in weiten Teilen eine gemeinsame Geschichte haben und die auch wirtschaftlich eng miteinander verbunden sind. Derzeit scheint das Verhältnis untereinander mehr und mehr von Wettbewerb und Spannungen geprägt zu sein.

Die Beziehungen zwischen diesen drei Ländern folgten lange Zeit der Regel der bilateralen Abgrenzung – die jeweiligen Partnerstaaten gestalteten ihre Beziehungen ohne Rücksicht auf das dritte Element. Sie alle vertraten traditionell das Modell der Paarbeziehung: Zwischen Frankreich und Deutschland besteht eine enge und stark institutionell verankerte politische Kooperation, die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zentrum des europäischen Wiederaufbaus wirkt. Ein republikanischer Dialog charakterisiert das Verhältnis zwischen Frankreich und der Türkei. Zum Teil wird er in markigem Tonfall geführt, was auch immer wieder bilaterale politische Verstimmungen mit sich bringt. Als teilweise Symbiose aufgrund wirtschaftlicher und kultureller Verflechtungen kann das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei beschrieben werden. Gelegentliche Paukenschläge bleiben dabei nicht aus.

Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei im Jahr 2005 zeichnet sich jedoch eine Dreierbeziehung zwischen den drei Ländern ab. Aktuelle politische Themen erhalten durch die europäische Perspektive eine gemeinschaftliche Dimension. Die trilaterale Abstimmung, gegen die sich alle drei Protagonisten bisher sträubten, wird damit unerlässlich. Das deutsch-französische Paar in seiner Rolle als Motor für den Aufbau Europas erhält durch die türkische EU-Kandidatur eine

besondere Verantwortung. Deutschland und Frankreich betrachten jedoch die Beitrittsperspektive der Türkei mit einem gewissen Misstrauen. Den Stillstand des Beitrittsprozesses haben die drei Länder schnell akzeptiert, was eine Reihe von Schwierigkeiten technischer und politischer Natur zum Ausdruck bringt. In der Tat gibt es eine Art deutsch-französischen Riegel vor der EU, der auf türkischer Seite Frustration auslöst.

Das Kräfteverhältnis, das anfangs zugunsten der europäischen Staaten verschoben war, entwickelt sich allerdings dahingehend, dass die Türkei eine neue Macht auf dem internationalen Parkett darstellt, während die derzeitige Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise die materiellen und politischen Schwierigkeiten der EU aufzeigt. Wird es durch diese neuen Umstände möglich, auf dem Weg einer wirksamen trilateralen Kooperation bei gemeinsamen diplomatischen und wirtschaftlichen Themen voranzukommen? Als Beispiel sei die Energiepolitik genannt. Eine solche Kooperation würde zugleich Interessenkonvergenz und die psychologische Akzeptanz der neuen Mächtehierarchie erfordern. Nur damit könnten sich die drei Länder einander annähern, die sich derzeit mehr als Rivalen denn als Partner sehen. Die politische Krise der Türkei infolge der Massendemonstrationen im Juni 2013 hat die Debatte verstärkt. Während die türkischen Behörden gegenüber der Protestbewegung an einer Politik der harten Hand festhielten, riefen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland, die Regierung zur Zurückhaltung auf, was in der Türkei für Verstimmung sorgte. Vertrauen ist und bleibt ein schwankender Faktor innerhalb des trilateralen Verhältnisses. Dennoch stellen die aktuellen Krisen im Mittleren Osten die Fähigkeit der drei Länder, gemeinsam und verantwortungsvoll zu handeln, auf eine schwere Probe.

Drei Länder – drei voneinander unabhängige Beziehungen

Deutschland, Frankreich und die Türkei unterhalten jeweils Beziehungen auf bilateraler Ebene, die sich historisch voneinander unabhängig gefestigt haben. Die Grundlagen dieser Beziehungen sind sehr unterschiedlich. Die drei Paare entwickeln sich also parallel zueinander. Im Laufe der Zeit entsteht jedoch ein gewisses Interesse für die Handlungen des jeweils anderen, und zwischen den drei Paaren stellt sich eine Art mimetisches Wettstreifen ein, das manchmal theatralisiert wird.

Getrennte Entwicklungen

Die heutigen Beziehungen zwischen den drei Ländern sind das Ergebnis eines jahrhundertelangen Umgangs miteinander. Doch um die Unterschiede in der Struktur und der Funktionsweise dieser Beziehungen zu verstehen, ist es unerlässlich, Phasen der Annäherung auszumachen, ohne dabei zu vergessen, dass jedes Land die Geschichte unterschiedlich interpretiert. Die Wahrnehmungen sind asymmetrisch, die historische Zeit ist unterschiedlich und wird nicht in einer den drei Ländern gemeinsamen Geschichtsschreibung zusammengeführt.

Die allgemein bekannte historische Grundlage der türkisch-französischen Beziehungen reicht ins 16. Jahrhundert zurück, als der französische König François I^{er} mit Süleyman I. (genannt »der Prächtige«) eine Allianz geschlossen hatte. Bis heute beginnen offizielle Reden mit diesem Fakt und schreiben so die Fiktion eines ausgeglichenen Dialogs zwischen den Mächten¹ fort. In dieser Darstellung ist die türkische Republik die direkte Nachfolgerin des Osmanischen Reichs. Zwischen diesem ersten Abkommen mit Frankreich (der sogenannten Ersten Osmanischen Kapitulation) und der Wiedernäherung an die Republik Kemal Atatürks, die im 20. Jahrhundert von zahlreichen französischen Politikern idealisiert wurde, entwickelte sich jedoch eine echte kognitive Distanz. Im 20. Jahrhundert hielten die politische Elite Frankreichs und die französischsprachige türkische Elite den Mythos der Partnerrepubliken aufrecht: So seien die Ideale des Kemalismus von der Aufklärung und der französischen Revolution inspiriert; die Institutionen

und die politische Kultur der Türkei seien zumindest teilweise nach dem Vorbild Frankreichs entstanden.² Diese verklärte Vision wird heute durch die dauerhafte Präsenz der Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma partisi, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) getrübt. Diese Partei ist von einer islamistischen Ideologie geprägt und hat kaum Berührungspunkte mit der französischen politischen Kultur. Sie marginalisiert die historische kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP, Cumhuriyet Halk Partisi) durch ihre andauernden Wahlerfolge. Durch ihren Reformüberschwang verwirrt die AKP seit zehn Jahren die öffentliche Meinung, weil sie als politisches Objekt nicht greifbar ist. Französische Beobachter reagieren verunsichert, da sie nicht wissen, an welcher Stelle im politischen Spektrum sie die AKP verorten können – und wie sie sich ihr gegenüber verhalten sollen.

Aufgrund gemeinsamer Interessen haben Deutschland und die Türkei ihrerseits eine starke Beziehung aufgebaut, die sich zwischen dem Ende des 19. und der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte. Das Deutsche Reich hat sich seit 1880 stark in die Modernisierung des damals vom Zerfall bedrohten Osmanischen Reichs eingebracht. Die Türken würdigen noch immer die enge Kooperation zwischen Kaiser Wilhelm II., der selbst dreimal in den Jahren 1889, 1898 und 1917 nach Konstantinopel gereist war, und den letzten Sultanen des osmanischen Reichs. Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass sie die Modernisierung ihrer Armee – hinsichtlich der Ausrüstung wie auch der Militärdoktrin – Deutschland verdanken.³ Auch entwarfen deutsche Ingenieure die nicht vollendete Bahnstrecke zwischen Konstantinopel und Bagdad – von deren Planung zeugen in Istanbul noch heute, neben anderen Spuren deutscher Architektur, die schönen Bahnhöfe von Sirkeci und Haydarpaşa.⁴ Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs schottete sich die Republik Türkei nach außen ab und konsolidierte sich abseits vom Europa der 1930er-Jahre. Während des Zweiten Weltkriegs wahrte sie ihre Neutralität; eine Neutralität, die die Beziehungen der Vergangenheit respektierte. Noch im Juni 1941 wurde ein deutsch-türkischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet, und erst im letzten Moment erklärte die Türkei dem nationalsozialistischen Deutschland im Februar 1945 den Krieg. Den zweiten großen Moment, der

die deutsch-türkischen Beziehungen prägt, stellt die Teilhabe türkischer Migranten am deutschen Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Ein offizielles bilaterales Abkommen, das den Zuzug von Arbeitskräften von der Türkei nach Deutschland regelt, war 1961 unterzeichnet worden. Dessen 50-jähriges Jubiläum wurde beiderseits mit der gebührenden Ernsthaftigkeit gefeiert.⁵ Seit diesem Abkommen haben die wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland eine ganz andere Tiefe gewonnen.

Was die deutsch-französische Geschichte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts angeht, so ist weithin bekannt, dass die beiden Länder drei Kriege gegeneinander geführt und anschließend maßgeblich die großen Etappen des Aufbaus der Europäischen Union bestimmt haben. Das deutsch-französische Paar, wie wir es heute kennen, hat die Lehren aus den Tragödien der Vergangenheit gezogen, bei denen allerdings die Türkei größtenteils keine Rolle spielte: Nach dem Ende des Osmanischen Reichs hat sich die auf ihre internen Probleme konzentrierte kemalistische Türkei von den europäischen Dramen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ferngehalten. Während des Kalten Krieges erfolgte im Rahmen der Konfrontation zwischen Ost und West eine neue Hinwendung der Türkei zu europäischen Geschicken. In diesem Kontext hat die Türkei die USA aktiv unterstützt und die Rolle eines östlichen Grenzwachters für die westliche Welt eingenommen – eine Funktion, die sie versucht, heute innerhalb der NATO auszubauen, indem sie sich vom Schutzwall gegen den Kommunismus zur Brücke zum Islam⁶ entwickelt.

Gemeinsamkeiten und große bilaterale Themen

Die wichtigen Themen auf der derzeitigen bilateralen Agenda werden weitestgehend vom geschichtlichen Hintergrund bestimmt. Diese Themen sind im Wesentlichen für alle drei Länder dieselben, doch der Rang, der ihnen in der Prioritätenliste eingeräumt wird, ist unterschiedlich.

Aus deutsch-türkischer Sicht bestimmen drei Kernthemen die Qualität der Beziehungen: eine

türkische oder türkisch-stämmige Gemeinschaft in Deutschland von drei bis fünf Millionen Menschen, die stetig wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und schließlich die Beitrittskandidatur der Türkei zur EU. Letztere ist auch in den französisch-türkischen Beziehungen ein wichtiges Thema, doch es finden sich auch noch politischere Dossiers auf der Tagesordnung.

Die wirtschaftliche Dynamik der türkischen Migranten hat einen wesentlichen Anteil am Wohlstand des heutigen Deutschland. Die türkischen Einwanderer tragen zur Wertschöpfungskette bei und profitieren selbst davon: Im Jahr 2008 haben mehr als 72 000 kleine und mittlere türkische Unternehmen in Deutschland mehr als 350 000 Personen aus allen Branchen in Industrie und im Dienstleistungssektor beschäftigt, ein Drittel davon Deutsche.⁷ Türken in Deutschland fällt es dennoch schwer, sich vollständig in die deutsche Gesellschaft integriert zu fühlen. Einer von drei Türken hat die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Der Prozess der Einbürgerung hat sich jedoch seit dem Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft 1997 verlangsamt. Derzeit kann man eine Rückkehrbewegung in die Türkei feststellen, die vom schnellen Aufschwung der dortigen Wirtschaft angetrieben wird.⁸ Dennoch schafft die sich entwickelnde spezifische deutsch-türkische Kultur eine zusätzliche soziologische Verbindung zwischen beiden Ländern.⁹

Die türkischen Immigranten in Frankreich sind mit 400 000 bis 500 000 Personen weit weniger zahlreich. Allgemein ist festzustellen, dass sie nur wenig in das gesellschaftliche Leben des Landes integriert sind.¹⁰ Der türkische Premierminister, Recep Tayyip Erdoğan, verurteilte während offizieller Besuche in Deutschland und in Frankreich mehrmals die Assimilierung der türkischen Einwanderer – er ging sogar so weit, sie mit einem »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« gleichzusetzen, und ermutigte türkische Migranten dazu, ihre nationale Identität zu bewahren.¹¹ Türken in Deutschland und Frankreich haben gemeinsam, dass sie im jeweiligen Land als Moslems wahrgenommen werden – ein soziales Etikett, das in Europa im Kontext des 11. September 2001 nicht neutral ist. Die Regierung in Ankara beobachtet diesen Umstand aufmerksam, und die

AKP kritisiert regelmäßig die schleichende »Islamophobie« in europäischen Gesellschaften.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen bleibt festzuhalten, dass Deutschland 2012 der wichtigste Handelspartner der Türkei (als Importeur an erster Stelle und als Exporteur an zweiter) und der zweitgrößte Investor im Land war. Die französisch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen sind ebenfalls von Bedeutung, auch wenn die französische Wirtschaftspräsenz in der Türkei mit derjenigen Deutschlands nicht zu vergleichen ist: Als Importeur steht Frankreich an fünfter, als Exporteur und Investor an siebter Stelle.¹² Französische Unternehmen sehen die Türkei heute als führenden, aufsteigenden Markt mit vielen politischen und rechtlichen Unwägbarkeiten. Aus deutscher Perspektive gilt das Land als unerlässlicher Partner im Alltag. Handel und gegenseitige Investitionen mit der Türkei tragen zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

Ein weiteres Thema sowohl der deutsch-türkischen als auch der französisch-türkischen Beziehungen ist die Kooperation bei der Terrorbekämpfung. Dem türkischen Verständnis nach umfasst diese vor allem die Überwachung der Aktivisten der PKK (auf Kurdisch Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans; kurdische, separatistische Untergrundorganisation), die sich im europäischen Exil befinden. Vor dem Hintergrund erneuter PKK-Operationen in der Türkei und dem Versuch des türkischen Staates, eine politische Regelung des Kurdenkonflikts zu finden, gewinnt dieses Themenfeld aktuell an Bedeutung. Dieser Bereich der Kooperation, der nach dem unaufgeklärten Mord an drei PKK-Aktivistinnen mitten in Paris im Januar 2013 ins Zentrum der Öffentlichkeit rückte, dient Frankreich dazu, andere schwierige bilaterale Problemfelder auszugleichen.¹³ Deutschland, in dem rein zahlenmäßig mehr Bürger kurdischer Herkunft leben als in Frankreich, findet sich bei diesem Thema ebenso häufig an vorderster Front¹⁴ wieder.

Ein immer wiederkehrendes Streitthema, das die Beziehungen Frankreichs zur Türkei prägt, ist die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern. Seit der Zustimmung des französischen Parlaments zu einem Gesetz, das den Genozid anerkennt

(Gesetz vom 29. Januar 2001), verzeichnet der politische Dialog zwischen Frankreich und der Türkei Höhen und Tiefen mit Momenten heftiger Krisen. In diesen Debatten zeigen sich regelmäßig auf der einen Seite Ungenauigkeiten des kollektiven Gedächtnisses der türkischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert sowie auf der anderen Seite der Schulmeisterkomplex der Franzosen, die wiederum von den Türken mit ihren eigenen dunklen Phasen der Geschichte konfrontiert¹⁵ werden. Die Abstimmung von 2012 in der französischen Nationalversammlung über ein neues Gesetz, das darauf abzielte, die Leugnung des Genozids unter Strafe zu stellen (der Vorschlag wurde letztlich vom französischen Verfassungsrat für verfassungswidrig erklärt), hat die Feindseligkeit des türkischen Staates wieder aufleben lassen. Trotz der bestehenden Annäherungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene bleibt die Türkei bei diesem Thema extrem empfindlich; jede französische Initiative führt auf türkischer Seite zu einer Litanei heftiger Drohungen, deren tatsächliche Auswirkungen jedoch unterschiedlich ausfallen.¹⁶

Die EU-Kandidatur der Türkei belegt schließlich einen der vorderen Plätze auf der Prioritätenliste bilateraler Themen sowohl mit Frankreich als auch mit Deutschland. Die Beitrittsfrage umfasst viele entscheidende und potenziell problematische Themen für die Beziehungen zwischen den Staaten, so zum Beispiel die Ausgabe von Schengen-Visa. Vor einer genaueren Darstellung des Beitrittsprozesses ist es sinnvoll, die Funktionsweise und die Grundstimmung des Dialogs zwischen den drei Ländern zu untersuchen.

Dialogkanäle und Verhaltensregeln: Die gegenseitige Nachahmung der Abschottung

Der Fall Armenien veranschaulicht den grundlegenden Unterschied zwischen den deutsch-türkischen und den französisch-türkischen Beziehungen. Letztere sind mit Prinzipien und Symbolik aufgeladen und werden oft bis zum Äußersten politisiert, wodurch sie leidenschaftliche Diskussionen anregen. Hinter dem eher bürokratischen Anstrich sind die deutsch-türkischen Beziehungen ebenfalls sehr politisch, doch die kritische Masse von Themen, die Migration und Wirtschaft betreffen, führt zu mehr Selbstkontrolle. Hinzu kommt die Persönlich-

keit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, die sicherlich auch zur Entspannung beiträgt und Provokationen vermeidet.

Die Bedeutung der gemeinsamen Themen in den deutsch-türkischen Beziehungen führt zudem im Alltag zu einer verstärkten administrativer Zusammenarbeit.¹⁷ In manchen Punkten ist dies sogar mit dem deutsch-französischen System vergleichbar. Staatsbesuche sind im deutsch-türkischen Verhältnis häufiger und vielfältiger als zwischen Frankreich und der Türkei. Die deutsch-türkische Parlamentariergruppe im Bundestag ist sehr aktiv und zählt mehrere Abgeordnete türkischer Herkunft; auch zwischen den Parteien gibt es Verbindungen, wie zum Beispiel zwischen der CDU und der AKP, die den Bezug auf religiöse Werte gemeinsam haben.¹⁸ Städtepartnerschaften sind zwischen Deutschland und der Türkei mittlerweile häufig, während eine dezentralisierte Kooperation zwischen Frankreich und der Türkei nur zögerlich entsteht. Die deutschen politischen Stiftungen sind in der Türkei sehr präsent, während keine einzige Institution Frankreichs dort eine vergleichbare Arbeit leistet. Frankreich unterhält jedoch ein bemerkenswertes Netzwerk französischsprachiger Bildungseinrichtungen in der Türkei, das sogar eine französisch-türkische Universität, die Galatasaray-Universität in Istanbul, umfasst. Das 2008 genehmigte entsprechende deutsch-türkische Projekt hat noch Anlaufschwierigkeiten.

Die Dialogkanäle zwischen Deutschland und der Türkei sind also wesentlich umfangreicher, sei es auf staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Ebene. Das hilft zweifellos, gewisse Missverständnisse zu vermeiden, welche die französisch-türkischen Beziehungen trüben. Dort wird häufiger aneinander vorbei geredet, auch zwischen Franzosen und französischsprachigen Türken.¹⁹

Den Franzosen fällt also die Aufgabe zu, Debatten über schwierige Themen anzustoßen – wie etwa den EU-Beitritt, Religion, den Umgang mit der Vergangenheit oder mit Minderheiten –, während die Deutschen die Aufgabe haben, in konkreten Fragen die Führung zu übernehmen. Eine implizite Arbeitsteilung wohlgermerkt, die letztlich auf eine Unterscheidung nach dem Freund-Feind-Schema

hinausläuft, was von der offiziellen türkischen Rhetorik nur zu gerne unterfüttert wird. In den letzten Jahren hat Frankreich unter Nicolas Sarkozy gegenüber einer an Selbstbewusstsein gewinnenden AKP häufiger polemische Töne angeschlagen als Deutschland, das eher auf Besänftigung setzte. Doch auch die deutsch-türkischen Beziehungen sind nicht frei von Spannungen über aktuelle Fragen: Der Umgang mit Immigration ist auf beiden Seiten ein sensibles Thema. Das Handeln der französischen Regierung wird von der türkischen Presse genau beobachtet und regelmäßig kritisiert (insbesondere bei Nicolas Sarkozy, der für viele ein Feindbild war). Doch auch auf deutsch-türkischer Ebene bieten offizielle Besuche von Angela Merkel in der Türkei oder von Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland Anlass für weniger freundliche Kommentare.²⁰ Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich oder Deutschland werden von türkischer Seite aus oft wirkungsvoll in Szene gesetzt und bieten dem jeweils nicht direkt betroffenen Partner die Gelegenheit, den Schlagabtausch zu beobachten.

Letzten Endes wird der deutsch-französische Reflex gegenüber der Türkei nicht ausgelöst; ganz im Gegenteil: Französische ebenso wie deutsche Diplomaten verweisen auf Nachfrage häufig auf ihren wichtigsten europäischen Partner, um an dessen Beispiel zu erklären, wie man sich gegenüber der Türkei gut oder schlecht verhält, und dabei die Qualität und Relevanz der eigenen Politik gegenüber Ankara zu loben. Die türkische Seite spielt mit dieser Abgrenzung, Asymmetrie und Rivalität, die zwischen den beiden europäischen Partnern aufscheint. Die Deutschen werden somit häufiger unfreiwillig Zeugen französisch-türkischer Streitereien, so zum Beispiel bei der Planung einer gemeinsamen NATO-Operation in Libyen im Frühling 2011 – eine Operation, die von den Franzosen eingeleitet wurde und der sich die Türkei erst spät angeschlossen hat.²¹

Europa als Dreh- und Angelpunkt

Ohne den Beitrittswillen der Türkei zur Europäischen Union wäre es zweifellos übertrieben, die Beziehungen zwischen den drei Ländern als System zu bezeichnen. Der gemeinsame europäische Horizont hat den Beziehungen jedoch eine neue Dyna-

mik verliehen, bei der Deutschland und Frankreich informelle Schiedsrichter einer Prozedur sind, die vor dem Hintergrund der Krise in Europa ins Stocken geraten ist. Diese Krise hilft der Türkei, den europäischen Mythos, mit dem sie konfrontiert wird, zu widerlegen.

Blockade des Beitrittsprozesses

Die Möglichkeit, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union (damals noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) werden könne, wurde erstmals 1963 im mit Ankara unterzeichneten Assoziierungsabkommen erwähnt. Anschließend vergingen mehr als 40 Jahre, bis die Beitrittsverhandlungen eröffnet wurden. Innerhalb dieser Zeit hat sich die Europäische Union bedeutend vergrößert und ist von 6 auf 27 Mitglieder angewachsen; die Türkei hat unterdessen nicht weniger als drei Staatsstrieche des Militärs erlebt. Schließlich begannen im Jahr 2005 die Beitrittsverhandlungen in einem restriktiven Rahmen, um sicherzustellen, dass es sich um einen »offenen Prozess« handele, »dessen Ausgang nicht im Voraus garantiert werden könne«, da dieser sowohl von der Aufnahmefähigkeit der Union als auch von der Fähigkeit der Türkei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, abhängt.²²

Schon bald kam es zu Problemen. Zwar sind es auch mehrere Faktoren juristischer (die Nichtanerkennung Zyperns) oder technischer (Stillstand der Reformen in der Türkei) Natur, die die Verhandlungen tatsächlich bremsen, doch den wahren Riegel, der dem türkischen Beitritt vorgeschoben ist, bildet die Einstellung der EU-Mitgliedstaaten, da sie gemeinschaftlich über die Öffnung der Verhandlungskapitel entscheiden. In ihrer Rolle als Gründungsmitglieder und Motor der Europäischen Union, aber auch als wichtigste Partner der Türkei, haben Deutschland und Frankreich hier in jeder Hinsicht ein besonderes Gewicht. Das deutsch-französische Paar hat ganz eindeutig eine Position der Verantwortung für die türkische Kandidatur inne, es widerstrebt ihm aber mittlerweile, sich besser zu koordinieren, um dieses Thema voranzubringen.

Was Frankreich und Deutschland in dieser Frage verbindet, ist das zögerliche Verhalten hinsichtlich des Beitritts der Türkei zur EU. Um den derzeitigen

Stand der Dinge vollständig zu umreißen, müssen auch die Ebene der öffentlichen Meinung und die der Regierungen erwähnt werden. In Umfragen, vor allem im Eurobarometer, wird immer wieder das große Unbehagen der europäischen öffentlichen Meinung hinsichtlich eines Türkei-Beitritts deutlich, wobei die Deutschen insgesamt sogar noch größere Ablehnung zeigen als die Franzosen.²³ In einer von Bild am Sonntag anlässlich von Angela Merkels Türkei-Besuch im März 2013 veröffentlichten Umfrage sprachen sich 60 Prozent der Befragten gegen den EU-Beitritt der Türkei aus, 57 Prozent zeigten sich darüber hinaus durch das Wirtschaftswachstum und die Entwicklungen innerhalb des Militärs in der Türkei beunruhigt.

Die größte Verunsicherung auf türkischer Seite ruft jedoch die Position der Regierungen hervor. Nachdem die türkische Kandidatur unter der Präsidentschaft Jacques Chiracs ermutigt wurde, ist Frankreich unter Nicolas Sarkozy ihr größter Gegner geworden und bleibt auch unter François Hollande reserviert. Sarkozy, der ganz deutlich seine Ablehnung gegen einen Beitritt der Türkei äußerte, wünschte sich eine »privilegierte Partnerschaft«, deren Substanz nie wirklich näher bestimmt wurde und die in ihren Grundzügen auch bei Angela Merkel Anklang gefunden hat, was die Türken wiederum in höchstem Maße verärgerte.²⁴ Vom französischen Präsidenten ging die Initiative aus, im Namen Frankreichs die Eröffnung von 5 der insgesamt 35 Verhandlungskapitel zu blockieren, nämlich die über die Wirtschafts- und Währungsunion, die Sarkozy zufolge die letzten Schritte auf dem Weg zum Beitritt darstellten. Die offizielle deutsche Position erschien schon immer weniger klar, weil sie das Ergebnis einer Koalitionsvereinbarung zwischen Regierungsparteien ist, deren Einstellungen unterschiedlich sein können. Die CDU unter Angela Merkel ist heute gegen einen Beitritt, während die FDP mit ihrem Außenminister dafür ist. So erklärte Angela Merkel bis 2013 regelmäßig, dass der Beitritt ein »offener Prozess« sei; Guido Westerwelle seinerseits sagte 2011, man müsse »der Türkei die Tür nach Europa ganz weit öffnen« bevor sich »eines Tages die Türkei (...) von uns abwendet«.²⁵ Das Ergebnis ist eine deutsche Position, die während mehrerer Jahre – denen der Präsidentschaft Sarkozys – wesentlich weniger eindeutig war als

die der Franzosen. Die Kehrseite der Medaille: Die Türkei nimmt die Uneindeutigkeit der deutschen Position eher als Widersprüchlichkeit wahr, was für sie ebenso problematisch ist wie die offensive Verweigerung von französischer Seite.

Verschränkte Mythologien: Neuankömmling versus Gralshüter

Frankreich hat sich also selbst zum Gegner des Türkei-Beitritts erklärt; im Hintergrund führt die deutsche Position zu einer Art Moratorium, das kurzfristig ebenfalls einer Ablehnung gleichkommt. Während der Präsidentschaft Sarkozys hat sich Deutschland jahrelang davor gehütet, Frankreich zurechtzuweisen, wenn es sich ablehnend über den Beitritt geäußert hat. Somit besteht eine Art gemeinsame Front gegen die türkische Kandidatur. Letztlich präsentiert sich das deutsch-französische Tandem als europäischer Gralshüter gegenüber einem Novizen, der auf seine Initiation wartet.

Frankreich, das an seinen Grundwerten hängt, vertrat unter Sarkozy die Ansicht, dass die Türkei weder geografisch noch kulturell zu Europa gehöre. Damit wies es den Islam an der Peripherie der EU klar zurück. Unter François Hollande hebt die französische Linke wieder stärker die Bedingungen des Beitritts hervor und betont, dass die Türkei, sofern sie sich mit den europäischen Werten identifiziere, einen berechtigten Anspruch darauf habe, Teil der Union zu sein. Doch dieses Europa der Werte ist auch sehr anspruchsvoll – wenngleich weniger essenziell als zuvor: Traditionell spielen Fragen der Menschenrechte für die französische Linke eine bedeutende Rolle, vor allem gegenüber Minderheiten (die kurdische Minderheit seit der Präsidentschaft François Mitterands; die armenische Minderheit hat sie ebenso im Blick wie die französischen Konservativen), aber auch die Stellung der Frauen und die Meinungsfreiheit; viele Themen, die rasch wieder zur Achillesferse der Türkei werden könnten.²⁶ Dennoch haben französische Politiker in Bezug auf die Reaktion der türkischen Regierung während der Proteste vom Gezi-Park nur eine Beobachterposition eingenommen und die Ereignisse kaum öffentlich kommentiert. Gegen die Massenproteste anlässlich der drohenden Zerstörung dieses Parks im Herzen Istanbuls wurde

mit massiver Polizeigewalt vorgegangen, worüber französische Medien ausführlich berichteten; im Zusammenhang mit den Demonstrationen wurde auch eine französische Studentin ausgewiesen.²⁷

Die deutsche Position zur türkischen Beitrittskandidatur leitet sich von einer Reihe nationaler politischer Kompromisse ab und mündet nicht in eine prinzipielle Opposition. Auf die Türkei wirkt sie folglich wohlher gesonnen, da sie zumindest den Geist des europäischen Versprechens wahrte. Deutschland stellt stets die Regel »Pacta sunt servanda« in den Vordergrund, mit der türkische Juristen seit Langem die Unvermeidlichkeit des türkischen Beitritts verteidigen. Dieses Prinzip hat jedoch zwei Seiten, da es – wenn sie auf der europäischen Erweiterung besteht – die Türkei auch auf ihre eigene Verantwortung bei Reformen hinweist.

Frankreich erfüllt dagegen seit sieben Jahren, zumindest bis zu den Ereignissen vom Gezi-Park, die Aufgabe, den Ausschluss der Türkei innerhalb Europas zu verteidigen, ohne bei den anderen Mitgliedstaaten auf Widerstand zu stoßen. Großbritannien vermeidet es zum Beispiel trotz seiner generellen Befürwortung eines Beitritts, die französische Regierung direkt auf diesen Punkt hin anzusprechen.

Deutschland und Frankreich sind sich stillschweigend über das Thema des Beitritts einig. Dies rührt vor allem daher, dass die deutsch-französischen Beziehungen in besonderem Maße von der Zugehörigkeit zur EU bestimmt sind und der Reflex, die Union zu wahren, bei beiden Partnern seit mehreren Jahren immer stärker wird. Die schwere finanzielle und institutionelle Krise, die das gemeinsame europäische Haus derzeit durchlebt, erfordert eine klare Prioritätensetzung – und sowohl für Paris wie auch für Berlin ist der Türkei-Beitritt nicht nur kein Weg, um Europa kurzfristig zu retten, sondern er birgt zudem das Risiko, noch mehr Kosten zu verursachen, sowohl finanziell als auch institutionell. Der Stillstand des Beitrittsprozesses hat außerdem noch einen anderen Nutzen: Er erlaubt Frankreich und Deutschland, die je eigenen Inhalte der Beziehung mit der Türkei weiterhin über bilaterale Kanäle voranzutreiben, ohne zu schnell gemeinsame Positionen entwickeln zu müssen. In einer Phase des nationalen Rückzugs, der großen

Empfindlichkeit bei Fragen der Migration und Religion sowie eines Wirtschaftskriegs aller gegen alle scheint diese Konfiguration politische Vorteile zu haben. So kann man bislang einen erstaunlichen und hartnäckigen Subsidiaritätsmechanismus im euro-türkischen Verhalten erkennen, in dem das nationale Niveau Vorrang hat: Frankreich und Deutschland versuchen stets, die gesamte Frage des Beitritts von bilateralen Themen zu trennen – und dies trotz der Bemühungen vonseiten der Türkei, eine Verbindung herzustellen. Europäische Themen wie zum Beispiel die Visafrage, wo sich die Türkei im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten diskriminiert fühlt, schaffen es dabei nicht auf die deutsch-französische Ebene.

Europa in der Krise und die Wahrnehmung der Türkei

Das deutsch-französische Paar wird als Riegel vor Europa betrachtet und zieht damit die türkische Frustration auf sich, was manchmal in offizielle Reaktionen²⁸ mündet. Einige türkische Beobachter meinen, dass Frankreich und Deutschland den Beitritt ablehnen, weil er das Ende ihres Systems der Herrschaft über Europa bedeuten würde.²⁹ Manchmal stellt man sich von türkischer Seite ein Treffen auf Augenhöhe zwischen den politischen Führungsfiguren vor, um so die Grundlagen einer Übereinstimmung beim EU-Gipfel zu legen.³⁰ Meistens jedoch ist es der Traum einer Trennung oder zumindest einer Krise des deutsch-französischen Paares, der in der Türkei vorherrscht, da eine solche Krise theoretisch die Neuordnung der europäischen Allianzen erlauben würde, durch die die Türkei endlich ihren legitimen Platz erlangen könnte.³¹

Die Haltung der Türkei zu den Vorbehalten der EU hat sich seit 2005 spürbar verändert. Als Reaktion auf die Blockade, für die sie ausschließlich politische und identitäre Gründe sieht, versucht die Türkei als aussichtsreiches, aufsteigendes Land seit 2005 mit großem Erfolg seine wirtschaftlichen Vorteile geltend zu machen und diplomatisch unverzichtbar zu werden. Die wirtschaftliche, finanzielle und zuletzt auch politische Krise, die Europa seit ungefähr fünf Jahren durchläuft, hat diese Wahrnehmungen weiter vorangetrieben. In der Tat trotzte die türkische Wirtschaft der welt-

weiten Krise erfolgreich, selbst wenn sie die Konsequenzen der europäischen Stagnation zu spüren bekam. Als Insel der relativen Stabilität in einem südländischen Europa, das am Anfang der Spaltung zu stehen scheint, kann sich die Türkei künftig als Wachstumsmarkt und potenzieller Retter darstellen, der anscheinend über ein Patentrezept für wirtschaftlichen Erfolg verfügt. Darüber hinaus bieten ihr die politischen Unruhen im Mittleren Osten eine Rolle als Dreh- und Angelpunkt der regionalen Sicherheit und stärken ihre strategische Partnerschaft mit den USA.

Aus türkischer Sicht hat die Europäische Union durch die Krise stark an Attraktivität eingebüßt. In den Augen der Öffentlichkeit hat sie sich sogar lächerlich gemacht. Dabei legt die Regierung in Ankara zusätzlich den Finger in die Wunde, indem sie regelmäßig über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas spottet und sich zugleich besorgt zeigt, dass die rechtsradikalen Parteien in Europa politische Erfolge einfahren.³² Europa hält sich bedeckt und verliert sich in unendlichen Diskussionen; währenddessen zeigt sich die Türkei sehr präsent und geht sogar so weit, eine parallele Beitrittsprozedur zu inszenieren. So hat Ankara 2012 zum ersten Mal auf Grundlage des jährlich von der EU-Kommission erstellten Fortschrittsberichts im Beitrittsprozess einen eigenen Bericht darüber herausgegeben. Dieser »hausgemachte« türkische Bericht von 270 Seiten beteuert, dass die Regierung in Ankara die »größten Reformbestrebungen in Europa« unternimmt. Der türkische Europa-Minister und Chefunterhändler, Egemen Bağış, zeigt sich seinerseits bereit, die noch ausstehenden Kapitel der Verhandlung in Rekordzeit zu öffnen und zu schließen.³³

Den Beitrittsprozess beschreibt der Minister übrigens als »wechselseitige Transformation«³⁴ zwischen der Türkei und der EU. In dieser Phase europäischer Instabilität scheint es, als würde die Türkei eine andere Union sehen, wünschen und leben als diejenige, die ihr tatsächlich angeboten wird. Sie schließt deren Auseinanderbrechen nicht aus und hofft, am Ende einen Platz in der tiefgreifend veränderten europäischen Landschaft zu finden; einem Europa, in dem die deutsch-französischen Beziehungen nicht mehr im Zentrum sein werden.

Ein schwieriges Mächtedreieck

Die Aufhebung des französischen Vetos über eines der Verhandlungskapitel Anfang 2013 stellt einen wichtigen psychologischen Fortschritt dar, umso mehr noch, als dass ihr unmittelbar ermutigende Äußerungen der Bundeskanzlerin folgten. Diese Öffnung zeigt, welche Entwicklung der Verhandlungskontext vollzogen hat. De facto bringt dies die Beziehungen zwischen den drei Akteuren wieder ins Gleichgewicht, wobei es neue externe Bedrohungen sind, die zur Zusammenarbeit in einem gleichberechtigteren Umfeld führen. Die europäische Frage wird also für das Dreieck Deutschland-Frankreich-Türkei eine Variable der Kursanpassung. Dabei entwickelt sich das Dreieck der Mächte unmerklich in Richtung eines Wettbewerbs untereinander.

Der deutsch-französische Riegel wird zurückgeschoben

Letztlich hat die schnelle Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der EU bewirkt, dass Deutschland und Frankreich ihre jeweilige negative Einstellung zum Beitritt der Türkei abmilderten. Der Stillstand der Verhandlungen im Zusammenspiel mit der Schuldenkrise der EU rückt die Beitrittsperspektive der Türkei in immer weitere Ferne und lässt sie sogar hypothetisch werden. Der türkische Premierminister macht weiterhin seine Ungeduld deutlich, indem er zum Beispiel die Möglichkeit erwähnt, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)³⁵ beizutreten, die als »Alternative zur Europäischen Union« präsentiert wird. Damit bringt er die endlose Debatte über die tatsächliche geopolitische Positionierung der Türkei wieder auf den Tisch.³⁶ Gleichzeitig beziehen einige türkische Intellektuelle die europäischen Schwierigkeiten derart in ihre Überlegungen ein, dass die Idee einer verstärkten Beziehung zur sich den Umständen anpassenden EU, die nicht in einen Beitritt mündet, allmählich salonfähig wird.³⁷

Die Bedingungen für eine – wenn auch paradoxe – Entspannung scheinen also vorhanden zu sein. Der politische Wechsel in Frankreich mit der Wahl François Hollandes zum Staatspräsidenten wird diese Entspannung noch fördern, da Hollande an

Fragen, die die Türkei betreffen, offener herangeht als Nicolas Sarkozy. Am 12. Februar 2013 teilte der französische Außenminister Laurent Fabius seinem Amtskollegen Ahmet Davutoğlu mit, dass Frankreich die Blockade eines der fünf Verhandlungskapitel aufheben werde. Dabei geht es um das Kapitel »Regionalpolitik und Koordination der strukturellen Instrumente«. Diese vorsichtige, aber symbolisch wichtige Geste wirkt wie Öl im Getriebe. Wenige Tage später spricht Angela Merkel während ihres Staatsbesuchs in der Türkei von einer »Wiederaufnahme der Verhandlungen« und bestätigt, der Eröffnung eines neuen Kapitels wohlwollend gegenüberzustehen.³⁸ Zwar zieht diese Äußerung keine Verpflichtungen nach sich, dennoch hat sie eine sehr ermutigende Wirkung.

Diese Äußerungen werden von der Türkei mit Genugtuung wahrgenommen, auch wenn man dort gehofft hatte, dass Frankreich seinen guten Willen bei mehr als nur einem Kapitel zeigen würde. Der psychologische Fortschritt ist für alle Protagonisten unbestritten, selbst wenn diese Ankündigungen keine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Folge haben, da noch weitere, stärkere Bremsen wirksam sind – an vorderster Stelle das Thema Zypern. Auf französischer Seite ist man der Ansicht, dass Verhandlungskapitel wie zum Beispiel »Vergaberecht« oder »Sozialpolitik und Beschäftigung« nicht eröffnet werden können, weil die Türkei Reformen hinauszögere. Der Austausch von Spitzfindigkeiten kann sich also für einmal auf Verfahrensfragen technischer Natur konzentrieren.

Doch das schwierige Zusammenspiel, das sich seit dem Beginn der Verhandlungen im Jahr 2005 ergeben hat, hat den Austausch zwischen den drei Ländern auch intensiviert und politisiert. Die europäische Debatte hat zahlreiche – potenziell oder eindeutig – spannungsgeladene Themen sichtbarer und deutlicher gemacht, von Fragen der Migration über geopolitische Präferenzen bis zu der Werteskala. Sie hat die Protagonisten dazu verpflichtet, darüber zu diskutieren, auch wenn dabei selten Übereinstimmung erreicht wurde.

Der Dialog ist regelmäßiger und substanzieller geworden, der Umgang erscheint gleichberechtigter.

Doch die drei Länder haben sich angenähert, ohne einander wirklich zu verstehen.

Die Krise im Juni 2013 rund um die anberaumte Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul ist ein gutes Beispiel für die Politisierung der Beziehungen zwischen den drei Ländern. Dabei nahm diesmal Deutschland die Rolle des Störenfrieds ein. Während mehrere europäische Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, angesichts der Repressionen gegen die Demonstranten zur Zurückhaltung aufriefen, reagierte Deutschland am schärfsten.³⁹ Angela Merkel hat explizit die Eröffnung des wichtigen Verhandlungskapitels 22 blockiert; dessen Blockade hatte Frankreich gerade erst aufgegeben. Die Türkei reagierte darauf mit massiver Kritik an der deutschen Position, die sie als pure Wahltaktik geißelte. Doch man kann diesen Schlagabtausch auch vor dem Hintergrund sehen, dass die Kopenhagener Kriterien nun innerhalb der deutsch-türkischen Beziehungen als Steuerungsparameter langsam einbezogen werden. Die Vehemenz der deutschen Kritik hat sicherlich damit zu tun, dass die Vizepräsidentin von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, während einem der gewalttätigen Polizeieinsätze im Gezi-Park war und diese Ereignisse anschließend in den Medien angeprangert hat.⁴⁰

Die Frage des EU-Beitritts der Türkei ist also wieder gänzlich ungeklärt, und die Grundsatzdebatte über die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel geht weiter, wobei dafür eine »politische Konditionalität« zu gelten scheint, welche die Europäer gegenüber der Türkei aufrechterhalten. Dieser Streitfall wirkt sich jedoch nicht negativ auf die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und der Türkei in Bezug auf andere, von der Beitrittskandidatur unabhängige Fragestellungen aus. Die drei Länder sind nun in der Lage, Bündnisstrategien außerhalb der europäischen Matrix ins Auge zu fassen, bei denen sich ihre Uneinigkeit nicht weiter störend auswirkt.

Ambitionen nach außen und gemeinsame strategische Sorgen

Diese Bündnisstrategien werden umso notwendiger, da die drei Länder ähnliche strategische Sorgen und Ambitionen haben, ihren Einfluss auszuweiten.

Ihre Interessen überschneiden sich, wohingegen sich Ziele und Maßnahmen unterscheiden. Diese Parallelen, die auch das Risiko einer Konkurrenz bergen, werden besonders deutlich in einer Phase, in der die Türkei danach strebt, ihre internationale Bedeutung geltend zu machen, Frankreich eine Neuvermessung seiner Außenpolitik vornimmt und in der Deutschland aufgrund seiner Wirtschaftskraft zur dominierenden europäischen Macht wird, wobei ihm nolens volens eine politische Verantwortung zukommt, die es lange nur zögerlich wahrgenommen hat.

In Frankreich, das sich in der Wirtschaftskrise herabgesetzt fühlt,⁴¹ wird das Risiko einer deutsch-französischen Konkurrenz zu einem dauerhaften Diskussionsthema. Von den drei Machtprofilen, mit denen wir uns beschäftigen, ist jedoch die Türkei und ihre Entwicklung am bemerkenswertesten. Seit zehn Jahren legt die AKP großen diplomatischen Ehrgeiz an den Tag und arbeitet an der Rückkehr dieses lange auf sich selbst bezogenen Landes auf die internationale Bühne. Die türkische Behauptungsstrategie beruht auf zwei starken Säulen. Aus konzeptioneller Sicht machen die Theoretisierung des türkischen Einflusses und die Definition bestimmter diplomatischer Projekte unter der Führung von Ahmet Davutoğlu die Türkei zum seltenen zeitgenössischen Beispiel für ein Land, das eine – gewaltfreie – Wiedereroberungsdoktrin der Welt hat.⁴² Auch praktisch wendet die Türkei Mittel für ihre Ambitionen auf: Sie stärkt ihr diplomatisches Netzwerk, erhöht und restrukturiert ihre wirtschaftliche Kooperation und organisiert ihre kulturelle »soft power«.⁴³

In einer »360-Grad-Betrachtung« der Welt, die in der Türkei künftig vorherrscht, wird die EU oft als »strategische Priorität« dargestellt – ein außenpolitisches Ziel also und kein sinnvolles Rechts- und Verpflichtungssystem für alle innen- und außenpolitischen Entscheidungen des Landes. Ein Europa, das einige türkische Würdenträger bei Gelegenheit auch abwerten, nun da sein Stellenwert in der internationalen Politik auf dem Spiel steht: Als Beispiel sei die Reaktion des türkischen Wirtschaftsministers Zafer Çağlayan auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union genannt. Er bezeichnete diese als »scheinheiligste

Institution aller Zeiten«, die »die Türkei fünfzig Jahre lang vor der Tür warten ließ« und »die vielmehr einen Preis für ihre Scheinheiligkeit und ihre Lügen verdient hätte«. ⁴⁴ Getragen von ihrem stetigen Wirtschaftswachstum hat die neue Türkei rasch Vertrauen in ihre Fähigkeit gewonnen, internationale Belange zu beeinflussen. Dabei ist der Mittlere Osten ihr liebstes Experimentierfeld ⁴⁵ geworden. Diese Region der Welt bietet den drei Akteuren Gelegenheit, entweder zu kooperieren oder aber sich gegenseitig im Weg zu stehen.

Der türkische Ehrgeiz in der Mittelmeer-Region und im Mittleren Osten stört die EU, weil die Türkei als Außenseiter handelt und bestehende Traditionen über den Haufen wirft. Besonders aufmerksam ⁴⁶ wird der türkische Aktionismus von Frankreich beobachtet, da es sich um eine Region handelt, die lange Zeit als französische Einflussphäre betrachtet wurde. Beim Thema Libyen kam es zu ernstzunehmenden Spannungen zwischen Frankreich und der Türkei hinsichtlich der Politik gegenüber arabischen Ländern: Die Türkei, die anfänglich gegen die von der NATO gegen Muammar el-Gaddafi beschlossene Intervention im Frühling 2011 war, fühlte sich gekränkt, weil sie vor der Operation nicht am von Frankreich organisierten Beratungsprozess beteiligt gewesen war. Die wachsende Rivalität beider Mächte zeigte sich anschließend besonders deutlich während der fast zeitgleich stattfindenden Reisen Nicolas Sarkozys und Recep Tayyip Erdogans in die Länder des »arabischen Frühlings« im September 2011. Was das Verhältnis Deutschland-Türkei betrifft, so hat der Streit zwischen der Türkei und Israel, der auch mit sehr militanten propalästinensischen Äußerungen von türkischer Seite einherging, Verstimmungen hervorgerufen. Die Zypern-Frage ist ebenfalls weit von einer Lösung entfernt, was Paris und Berlin beunruhigt. Zwischen dem drohenden wirtschaftlichen Bankrott und der Entdeckung immenser Erdölvorkommen vor Zyperns Küste wäre eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Wiedervereinigung möglich gewesen, um eine akzeptable Lösung für alle beteiligten Parteien zu finden. Doch seit dem Frühjahr 2013 legt die Türkei wieder eine kämpferische Haltung beim Thema Zypern an den Tag. Aus nationaler türkischer Sicht ist es sicherlich sehr heikel, doch ist Ankara bei diesem Thema auch sehr isoliert. ⁴⁷

In diesem geografischen Raum (Mittelmeer und Mittlerer Osten) treten heute gemeinsame strategische Probleme auf, die von der Sicherung der Energieversorgung bis zur Bekämpfung des Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen reichen. Seit Beginn der arabischen Revolutionen ist die Region einer chronischen Instabilität ausgeliefert. Die politischen Transitionen, die in Tunesien und Ägypten begonnen haben, sind unvollendet, neue Konflikte schwellen (Irak, Iran), und der außer Kontrolle geratene syrische Bürgerkrieg droht sich auf die Nachbarländer auszuweiten. Durch ihre geografische Lage steht die Türkei an vorderster Front bei diesen regionalen Unruhen; das Land ist ein Durchgangsland, das Grenzen zu den instabilen Ländern beziehungsweise Unruhestiftern der Region hat, nämlich Iran, Irak und Syrien. Die politische Bedeutung, die die Türkei nun in ihrer Nachbarschaft erlangt hat, bringt sie auch in die Situation, Verantwortung zu übernehmen. Erdoğan umgibt die Aura eines regionalen Führers. Islamistischen Parteien, die aus dem Dunstkreis der Muslimbrüder hervorgingen und die bei Wahlen die besten Ergebnisse einfahren, ⁴⁸ wird die AKP oft als Modell präsentiert. Die Türkei ist als Gesprächspartner und Partner sowohl auf arabischer als auch auf westlicher Seite gefragt. In der Tat scheint sie sogar besser in der Lage, auf Vermittlung hin zu arbeiten oder sich Gehör zu verschaffen, als Frankreich, dessen Politik gegenüber der Region an Glaubwürdigkeit verloren hat, oder Deutschland, das als regionaler politischer Akteur noch wenig Gewicht hat.

In der Syrien-Frage kooperieren Frankreich und die Türkei heute offiziell harmonisch, und ihre Positionen sind auf einer Linie. Deutschland hingegen teilt die Sorgen seiner beiden Partner, was die chronische Instabilität der Region angeht, ohne sich jedoch in Machtbeziehungen einmischen zu wollen. Die Gemeinsamkeit der drei Länder ist vielleicht gerade ihre Ohnmacht gegenüber einer Situation, die vollkommen unkontrollierbar ist. Im Lichte der schnellen Ausbreitung des regionalen Chaos scheinen die Erfolge der regionalen türkischen Diplomatie tatsächlich sehr relativ: Die Verschlechterung des türkisch-irakischen Verhältnisses, die wiederkehrenden Schwierigkeiten mit dem Iran und die ungleiche Energiepartnerschaft mit Russland

zeigen die türkische Verwundbarkeit. Die Vielzahl externer, einflussreicher Beteiligter bei der Krise in Syrien (Russland, Iran, die Golf-Monarchien) verweist die drei mittleren Mächte, die schlecht auf einen so schweren und langen Konflikt vorbereitet sind, auf ihren Platz. Die wachsende Unordnung des Mittleren Ostens schafft Gleichheit in Bezug auf das jeweilige Handlungspotenzial Deutschlands, Frankreichs und der Türkei und bringt sie unweigerlich dazu, enger zusammenzurücken.

Die USA als Schiedsrichter?

Der Zusammenhalt innerhalb der NATO angesichts des Syrien-Konflikts verstärkt die obligatorische Allianz zwischen den drei Ländern im Kontext einer starken Krise; sie zeugt auch von einer Rückkehr der Türkei in den Schoß des Westens.⁴⁹ Die Stationierung von »Patriot«-Luftabwehrsystemen in der Türkei Anfang 2013 kann als wichtiger Schritt hin zu einer Fusion strategischer Perspektiven gesehen werden. Ein Teil dieser Einheiten stammt aus Deutschland. Angela Merkel besuchte während ihrer Reise in die Türkei auch die 260 deutschen Soldaten an der türkisch-syrischen Grenze, wo diese zusammen mit niederländischen und amerikanischen Soldaten stationiert sind.

Die militärische Allianz scheint also das türkisch-europäische Verhältnis von seinem Hauptproblem zu befreien: Wenn Eile geboten ist und Gewalt verhindert werden soll, hat die Gleichberechtigung der NATO-Partner die Oberhand über die Kopenhagener Kriterien. Weder Frankreich noch Deutschland hatten bisher im Rahmen der Beitrittsverhandlungen das Verlangen, das Primat der europäischen, demokratischen Normen zu verteidigen, nun rückt es noch weiter in den Hintergrund. Insgesamt entspricht die neue Prioritätensetzung dem Habitus des stärksten Akteurs in der NATO: den Vereinigten Staaten.

Die Stationierung der »Patriots« war eine wichtige symbolische Geste – wenn auch nicht unbedingt angemessen angesichts der militärischen Situation vor Ort – und markiert vor allem das enge Verhältnis der USA zu ihrem türkischen Verbündeten. Für Washington ist Ankara ein unverzichtbarer Mittler, um einen fortschreitenden Rückzug aus dem

Nahen Osten zu erreichen. Unter diesen Bedingungen befürwortet die amerikanische Außenpolitik die türkisch-europäische Annäherung. Die strategische Schirmherrschaft der USA kann dabei helfen, einige schwierige politische Fragen zwischen Europäern und Türken vorübergehend zu neutralisieren. Die strategische Kohabitation zwischen Deutschland, Frankreich und der Türkei wird somit durch die amerikanische Mittlerrolle erleichtert.

Schlussfolgerung: Geteilte Verantwortung

Wettbewerb oder Mächteallianz: Diese beiden Alternativen versetzen Deutschland und Frankreich direkt in eine historische Phase vor der Gründung der EU. Eine Ära, in der sich das Schicksal der Türkei Schritt für Schritt von dem der europäischen Staaten abgelöst hat: Ist die Türkei nicht schließlich erneut mit einem Europa konfrontiert, wie es vom Osmanischen Reich zurückgelassen wurde? Weil die Türkei ein Modell einer Staatenunion vorzieht und Anhängerin der bilateralen Abschottung⁵⁰ ist, nimmt sie die europäische Desorganisation ohne mit der Wimper zu zucken, ja sogar mit Erleichterung wahr – obwohl auch sie die wirtschaftlichen Folgen zu fürchten hat.

Doch keine der drei Mächte hat ein Interesse daran, isoliert zu handeln. Ihr Wachstum hängt von ihrer wirtschaftlichen Integration ab; die Bedingungen ihrer militärischen, aber auch energetischen Sicherheit sind komplementär. Schließlich kann keines der drei Länder derzeit vorgeben, alleine über ein ausreichend verbindendes Modell universeller Werte zu verfügen, mit dem es seine Nachbarn nachhaltig beeinflussen könnte. Die europäische Perspektive drängt sich also erneut als gemeinsamer Horizont auf. Da die Europäische Union eine Phase der tiefen Veränderung durchläuft, deren Ausgang noch ungewiss ist, ist es wichtig, dass die wenn auch nur teilweise Belebung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit einer gemeinsamen Reflexion über den generellen Sinn des europäischen Projekts einhergeht. In Anbetracht der Schwere der derzeitigen Krisen ist die Ära des gegenseitigen Abtastens vorbei. In diesem Dreieck, in dem bisher jeder

Akteur fürchtet, der dumme Dritte zu sein, weil das Vertrauen fehlt, hilft nur die geteilte Verantwortung, das permanente politische Feilschen hinter sich zu lassen, das die drei Protagonisten unnötigerweise erschöpft.

Die scharfen Reaktionen in Europa auf die Ereignisse vom Juni 2013 in der Türkei zeugen von wachsender Besorgnis in Bezug auf die Frage, wie kompatibel die politischen Kulturen der Partnerländer sind. Zugleich zeigen sie, wie sich die Interaktionen im Alltag zwischen Deutschland, Frankreich und der Türkei verstärkt haben. Diese Nähe und das Interesse für Ereignisse im Partnerland sind

an sich eine gute Nachricht, selbst wenn es starke Unterschiede zu überwinden gilt.

Es bleibt zu hoffen, dass die Schwere der Krisen – innenpolitische Krise in der Türkei, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise innerhalb der EU – schneller die Phase des gegenseitigen Aufdie-Probe-Stellens beendet. Denn gegen das permanente politische Tauziehen hilft nur die geteilte Verantwortung.

Dorothee Schmid leitet das Türkei-Programm beim Institut français des relations internationales (Ifri), Paris; Übersetzung: Katrin Sold.

Anmerkungen

- 1 Die Ausstellung »François 1er et Soliman le Magnifique – Les voies de la diplomatie à la Renaissance«, die vom 18. November bis zum 15. Februar 2010 im Musée de la Renaissance in Ecoen im Rahmen der »Saison de la Turquie en France« stattfand, widmete sich dieser Annäherung vor dem Hintergrund dieser gemeinsamen, glanzvollen Vorstellungswelt.
- 2 Mehr über den Mythos der »Partnerrepubliken« vgl. Dorothee Schmid, *The Franco-Turkish Relationship in Turmoil*, in: EDAM Report, Istanbul, 2007, <http://www.edam.org.tr/document/EDAM_Franco-Turkish_Report_2007.pdf>.
- 3 Die Protagonisten der Jungtürkischen Revolution selbst wurden in Deutschland ausgebildet. Über den deutschen Beitrag zur Reform der osmanischen Armee vgl. insbesondere Lavent Ünsaldı, *Le système de valeurs de l'armée turque (CER)*, Paris, November 2004, <<http://www.sciencespo.fr/cei/sites/sciencespo.fr.cei/files/artlu.pdf>>.
- 4 Vgl. Matthias von Kummer, *Deutsche Präsenz am Bosphorus (Boğaziçi'deki Almanya – Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland)*, Istanbul 2009, <http://www.istanbul.diplo.de/contentblob/2329436/Daten/447999/Festschrift_GleitwortGK_DD.pdf>.
- 5 Vgl. Luc André, *Immigration turque: 50 ans qui ont changé l'Allemagne*, in: *Le Figaro*, 31.10.2011, <<http://www.lefigaro.fr/international/2011/10/30/01003-20111030ARTFIG00230-immigration-turque-50-ans-qui-ont-change-l-allemande.php>>.
- 6 Vgl. Jean-Sylvestre Mongrenier, *L'État turc, son armée et l'Otan : ami, allié, non aligné?*, in: *Hérodote*, Nr. 148, Sonderausgabe, *Géopolitique de la Turquie*, 2013, S. 47–67, <http://www.cairn.info/resume.php?ID_ARTICLE=HER_148_0047>.
- 7 Vgl. Michel Verrier, *L'Allemagne et »ses« Turcs*, in: *Le Monde Diplomatique*, 1.9.2008, <<http://www.monde-diplomatique.fr/2008/09/VERRIER/16304>>.
- 8 Vgl. 45% des Turcs vivant en Allemagne veulent rentrer en Turquie et 15% d'entre eux considèrent l'Allemagne comme leur patrie, in: *L'Est républicain*, 18.8.2012, <<http://www.estrepublicain.fr/actualite/2012/08/18/45-des-turcs-vivant-en-allemande-veulent-rentre-en-turquie-et-15-d-entre-eux-considerent>>; Viele Deutschtürken planen Rückkehr in Türkei, in: *Zeit Online*, 17.8.2012, <<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-08/tuerken-deutschland-lebenszufriedenheit>>.
- 9 Für einen vergleichenden Blick auf den Umgang mit Migranten vgl. Ingrid Tucci, *Les descendants de migrants maghrébins en France et turcs en Allemagne: deux types de mise à distance sociale?*, in: *Revue française de sociologie*, Nr. 51, Januar–März 2010, S. 3–38, <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/71289/1/Tucci_2010_Descendants-Migrants-Maghrébins.pdf>. Zu Literatur in der deutsch-türkischen Kultur vgl. Leslie A. Adelson, *The Turkish Turn in Contemporary German Literature: Toward a New Critical Grammar of Migration*, New York 2005.
- 10 Vgl. Gaye Petek, *Les immigrés originaires de Turquie en France: dynamismes et paradoxes*, in: *Les Turcs et la France: le regard de deux communautés (Ifri, Note franco-turque, Nr. 1)*, Paris, Dezember 2009, <http://ifri.org/downloads/notefrancoturquen1_1.pdf>.
- 11 Am 10. Februar 2008 äußerte Erdoğan in Köln vor mehr als 15 000 Menschen aus der türkischen Gemeinschaft, »Assimilierung [sei] ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Während der Abschlussveranstaltung der »Saison de la Turquie« am 7. April 2010 in Paris rief er die Türken dazu auf, sich zwar zu integrieren, jedoch ohne ihre heimatliche Kultur aufzugeben; im Februar 2011 rief er in

- Düsseldorf erneut dazu auf, sich nicht zu assimilieren, und verurteilte die europäische Fremdenfeindlichkeit auf das Heftigste.
- 12 Quelle: Französisch-türkische Handelskammer und Türkische Zentralbank.
 - 13 Die Kooperation dürfte sich in der Tat im Frühling 2013 mit der Abstimmung des französischen Parlaments über ein neues Gesetz verstärken. Für eine kritische Lesart des Gesetzesentwurfs vgl. die Analyse des Wissenschaftlers Etienne Copeaux auf seinem Blog: <<http://www.susamsokak.fr/article-un-dangereux-projet-de-loi-sur-la-cooperation-policiere-franco-turque-114048335.html>>, 4.1.2013.
 - 14 Es ist anzumerken, dass die Ordner bei den Demonstrationen in Paris, die auf die Ermordung der Aktivisten im Januar folgten, mehrheitlich deutsche Kurden waren.
 - 15 Ankara erwähnt als Retourkutsche systematisch den »algerischen Genozid«; das Ganze geschieht im Kontext eines gegenseitigen Schlagabtauschs zwischen drei Seiten, da die algerische Staatsmacht immer wieder ihrerseits Kritik einbringt.
 - 16 2001 wurden französische Waffenexporteure von der Liste der Lieferanten der Türkei gestrichen, um damit gegen das Gesetz der Anerkennung des Genozids zu protestieren; 2008 wurde GDF Suez aus ähnlichen Gründen vom Projekt der Gasleitung Nabucco abgezogen; 2012/13 wurde die offizielle kulturelle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Türkei während einiger Monate eingestellt.
 - 17 So kommt Berlin die Institutionalisierung des Austauschs zwischen verschiedenen deutschen und türkischen Ministerien zugute; der Austausch zwischen deutschen und türkischen Diplomaten wurde im Januar 2011 rechtlich verankert.
 - 18 Deutsche Christdemokraten werden manchmal von der AKP als Vorbild angesehen. Einige Persönlichkeiten der CDU, einer Partei, die dazu neigt, das »zivilisatorische« Argument vorzubringen, das die Türkei außerhalb Europas verortet, haben sich offen über ihre mögliche Nähe zu den Werten der AKP geäußert. So verkündete Wolfgang Schäuble 2008, damals noch als Innenminister, Erdoğan nicht als Islamisten, sondern als »gläubigen Muslim« zu betrachten, für den er »in dieser Hinsicht großen Respekt habe«. Vgl. <<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Interview/2008/02/2008-02-15-interview-schaeuble-in-sz.html>>.
 - 19 Vgl. Nicole Pope, Turquie-France: dialogue de sourds (EDAM Report), Istanbul, Oktober 2010, <<http://www.edam.org.tr/document/fr-nicole.pdf>>.
 - 20 Französische Diplomaten merken an, dass offizielle deutsche Besuche für sie einen obligatorischen Vergleichspunkt darstellen: Vgl. Gespräche mit Vertretern der französischen Botschaft in Ankara, Herbst 2010. Erdoğans Reden, in denen er kein Blatt vor den Mund nimmt, sind berichtet und treffen selbst die deutsche Regierung: Vgl. z. B. Anna Reimann, Besuch in Berlin: Erdoğan verschärft Kritik an Deutschland, in: Spiegel Online, 2.11.2011, <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/besuch-in-berlin-erdogan-verschaerft-kritik-an-deutschland-a-795180.html>>. Oder anlässlich des Besuchs von Angela Merkel im Frühjahr 2013: Nathalie Versieux für RFI, Relations germano-turques: »Ich liebe dich, aber ...«, RFI, 24.2.2013, <<http://www.rfi.fr/moyen-orient/20130224-relations-alle-magne-turquie-merkel-erdogan-union-europeenne-negociations-adhesion>>. Auf französischer Seite hat die Rhetorik zum Thema Frankreich und vor allem Sarkozy als Feind der Türkei ihren Höhepunkt während der Krise anlässlich des zweiten Gesetzes über den Völkermord an den Armeniern erreicht; zu diesem Zeitpunkt legte die türkische Zivilgesellschaft einigen Eifer der kreativen Kritik an den Tag, wie diese Nachricht, die auf der Seite Armenews verbreitet wurde, zeigt: Toilettenpapier und Windeln in Sarkozys Namen (Un papier toilette et des couches au nom de Sarkozy), 7.1.2012, <http://www.armenews.com/article.php3?id_article=75959>; man beachte auch die Entstehung des Hashtags #sickmansarkozy auf Twitter.
 - 21 Vgl. Deutsche Presse: Die Türkei gegen Frankreich (Alman Basini: Türkiye, Frans'ya karsi yeni haber), in: Sabah, 23.3.2011.
 - 22 Vgl. L'Union européenne et la Turquie, <<http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/turquie/l-union-europeenne-et-la-turquie/>>.
 - 23 Vgl. Jürgen Gerhards, Silke Hans, Why not Turkey? Attitudes towards Turkish Membership in the EU among Citizens in 27 European Countries, in: Journal of Common Market Studies 4/2011, S. 741–766.
 - 24 Vgl. Seyfettin Gürsel, Merkel träumt (Merkel Hayal Görüyor), in: Euractiv Turquie, 30.3.2010, <<http://www.euractiv.com.tr/3/analyse/seyfettin-gursel-merkel-hayal-goruyor-009553>>.
 - 25 Vgl. Anna Reimann, a. a. O. (Anm. 20). Zitat des deutschen Außenministers Guido Westerwelle vgl.: <<http://www.welt.de/politik/ausland/article13465264/Westerwelle-fordert-engere-Anbindung-an-die-Tuerkei.html>>.
 - 26 Diese großen Prinzipien bleiben wirksam, selbst wenn die Kluft zwischen Linken und Konservativen bei der Frage der Türkei mit der Zeit größer wird: Vgl. Schmid, Les élites françaises et la Turquie, une relation dans l'attente (EDAM Report), Istanbul 2010. S. 33–37, <<http://www.edam.org.tr/document/fr-dorothee.pdf>> sowie Interview mit ders., Prospects for France-Turkeys Ties Improve Under Hollande, in: World Politics Review, August 2012, S. 1. Die Pressefreiheit ist seit zwei Jahren Gegenstand großer Aufmerksamkeit und die OSZE beanstandet regelmäßig Verstöße dagegen.
 - 27 Vgl. Turquie: une étudiante française expulsée après les manifestations, in: Le Monde, 25.6.2013, <http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/06/25/une-etudiante-francaise-expulsee-de-turquie-apres-les-manifestations_3436298_3214.html>.
 - 28 Vgl. Turkey Shocked by Franco-German Election Rhetoric (Euractiv), 11.5.2009, <<http://m.euractiv.com/details>>.

- php?aid=221857>; France, Germany Accused of »Black Campaign« Against Turkey's EU bid, in: *Hürriyet Daily News*, 5.12.2011.
- 29 Vgl. Hakan Yilmaz, Turkish Identity on the Road to the EU: Basic Elements of French and German Oppositional Discourses, in: *Journal of Southern Europe and the Balkans* 3/2007, S. 293–305, <http://www.ata.boun.edu.tr/scanneddocuments/Course_Material/ATA_682_final/3D5%20opp%20discourses%20on%20turkey.pdf>.
- 30 Vgl. Semih İdiz, Is the Erdoğan-Sarkozy-Merkel Summit a Trap?, in: *Milliyet*, 22.1.2008 (über ein Gerücht über einen Dreiergipfel, der nie stattgefunden hat).
- 31 Vgl. Abdullah Bozkurt, Will Turkey Align with Germany or France?, in: *Today's Zaman*, 28.10.2011.
- 32 Vgl. İbrahim Kalın, Turkey and EU in 2013, in: *Today's Zaman*, 12.12.2012, <<http://www.todayszaman.com/columnist-300988-turkey-and-eu-in-2013.html>>; Babacan Underlines Structural Problems (Euro Zone, TRT English), 19.4.2013, <<http://www.trtrussian.com/trtworld/en/newsdetail.aspx?haberkodu=9b7d0d7d-0416-40ed-b36c-4eb39147f522>>.
- 33 Vgl. Markus Bernat, Ankara juge les évaluations de la Commission »partisanes« (Europolitique), Istanbul, 3.1.2013.
- 34 Mündliche Ausführung des Ministers Egemen Bağış während der Konferenz »La Turquie pour une nouvelle Europe«, Ifri, Paris, 21.2.2013; Redebeitrag online über <<http://ifri.org>>.
- 35 Es handelt sich um eine asiatische Regionalorganisation, die Russland, China, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan umfasst und deren Ziel es ist, auf Annäherung sowie eine gemeinsame Definition einer politischen, wirtschaftlichen und strategischen Vision hinzuwirken.
- 36 Vgl. Daniel Pipes, Is Turkey Leaving the West?, in: *The Washington Times*, 6.2.2013, <<http://www.danielpipes.org/12526/turkey-shanghai-five-sco>>.
- 37 Vgl. Schmid, De l'élargissement à l'éloignement: la Turquie veut-elle toujours adhérer à l'Union européenne?, in: *Politique étrangère* 1/2013, S. 13–24, <<http://ifri.org/downloads/pe12010dorotheeschmid.pdf>>; dies., La Turquie peut changer sa manière de voir le processus d'adhésion, entretien avec Kemal Derviş, ex-ministre turc de l'économie, in: *Europolitique*, 12.2.2013.
- 38 Vgl. Frédéric Lemaître, Angela Merkel relance les négociations d'adhésion à l'UE avec la Turquie, in: *Le Monde*, 26.2.2013, <http://abonnes.lemonde.fr/europe/article/2013/02/25/angela-merkel-relance-les-negociations-d-adhesion-a-l-ue-avec-la-turquie_1838618_3214.html>.
- 39 Vgl. Jean Marcou, Nouvelle épreuve de vérité pour les relations turco-européennes!, in: *Blog des Observatoire de la* vic politique turque, 22.6.2013, <<http://ovipot.hypotheses.org/9060>>.
- 40 Claudia Roth sagte ohne Umschweife in einem Interview: »Wir wollten zeigen, dass wir in der Türkei aufseiten der Demokratie stehen« sowie »Erdoğan spaltet die Türkei«, in: *Arte Journal*, 26.6.2013.
- 41 Zum Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrags hat Bruno Maire, ehemaliger Europa-Minister, im *Figaro* erklärt, dass »die deutsch-französische Beziehung zwischen Rivalität und Kooperation pendelt«, 20.1.2013.
- 42 Vgl. Gespräch mit Ahmet Davutoğlu, Les grandes ambitions de la diplomatie turque, geführt von Dorothee Schmid und Marc Semo, in: *Politique internationale*, Nr. 137, Herbst 2012, S. 193–206, <http://www.politiqueinternationale.com/revue/article.php?id_revue=137&id=1144&content=synopsis>.
- 43 Vgl. Le »soft power«, pilier de la diplomatie turque, in: *Zaman France*, 17.8.2011, <<http://www.zamanfrance.fr/article/le-%C2%AB%C2%A0soft-power%C2%A0%C2%BB-pilier-de-la-diplomatie-turque>>.
- 44 Vgl. Turkish minister slams EU as world's most hypocritical body, Reuters, 16.10.2012, <<http://www.todayszaman.com/news-295559-turkish-minister-slams-eu-as-worlds-most-hypocritical-body.html>>.
- 45 Vgl. Schmid (Hrsg.), *La Turquie au Moyen-Orient: le retour d'une puissance régionale?*, Paris 2011.
- 46 So hat der Quai d'Orsay seit August 2009 am Rande der Botschafterkonferenz eine Gesprächsrunde organisiert, die die »Versuchung des Ostens« der Türkei zum Thema hat.
- 47 Vgl. Guillaume Perrier, La Turquie, un observateur inquiet de la crise chypriote, in: *Le Monde*, 28.3.2013, <http://abonnes.lemonde.fr/economie/article/2013/03/28/la-turquie-un-observateur-inquiet-de-la-crise-chypriote_3149277_3234.html>.
- 48 Vgl. Schmid, *La Turquie au Moyen-Orient: modèle ou acteur?*, in : Thierry de Montbrial und Philippe Moreau Defarges (Hrsg.), *Ramses* 2013, Paris 2012, S. 136–139.
- 49 Vgl. Jean Marcou, Turkey's Foreign Policy: Shifting Back to the West after a Drift to the East? (Turkey Policy Brief, Nr. 8), April 2013, <<http://policyleadershipinstitute.org/documents/Turkey%20policy%20brief8EN%20Marcou.pdf>>.
- 50 Vgl. David Béhar, Beobachter der Direction de la prospective des französischen Außenministeriums, in einem Redebeitrag während des vom Comité France-Turquie organisierten Gesprächskreises, »La nouvelle politique étrangère turque: ambitions, succès, limites« (Mairie du Xe arrondissement), Paris, 1.4.2011.

